

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig monatlich 700.— Mk. wöchentlich 175.— Mk. In Pommerellen: monatlich 1500.— Mk. in polnischer Währung. Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung
der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die 8-spaltige Zeile 50.— Mk., von auswärts 100.— Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsanzeigen nach bel. Tarif, die 3-spaltige Reklamezeile 300.— Mk., von auswärts 400.— Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Annahme bis früh 7 Uhr. — Postfach 2948 Danzig 2948. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 3200.

Nr. 8

Mittwoch, den 10. Januar 1923

14. Jahrgang

Poincarés Friedensbruch.

Essens Bedrohung.

Im Laufe des heutigen Tages sollen die Franzosen in Essen einmarschieren. Die Spitzen der französischen Truppen werden heute früh gegen 8 Uhr in Essen erwartet, während das Gros im Laufe des Tages, hauptsächlich auf der Neuhofbahn, folgen soll. Der Befehl an die Truppen lautet auf Besetzung von Mühlheim und Essen mit Umgebung. Für die Besetzung von Gelsenkirchen und Bochum liegt ein Eventualbefehl vor, dessen Ausführung erst als ein weiteres Druckmittel gegenüber dem Deutschen Reich gedacht ist. Bei dem Heranrücken der Franzosen wird ein größerer Teil der Schutzpolizei aus Essen zurückgezogen werden.

Bis gestern früh trafen im Grenzgebiet 40 Büge französischer Infanterie, Kavallerie und Artillerie ein; davon wurden bis gegen Abend 40 entladen. Heute sollen weitere 24 Büge eintrafen. Die Zahl der Truppen wird auf 40 000 bis 50 000 geschätzt.

Düsseldorf gleicht einem Heerlager. Eine Reihe von Schulen und Bureauhäusern wurde mit Truppen belegt. Dauernd treffen neue Truppenkontingente aller Waffengattungen ein. Kraftwagen wurden requiriert. Im Falle der Nichtvorführung der Kraftwagen wird der Besitzer vor das Militärgericht gestellt und die Wagen werden beschlagnahmt. Störungen im Eisenbahnverkehr sind bis heute Abend nicht zu verzeichnen.

Wie die „Frankfurter Zeitung“ aus Trier meldet, sind am Sonntag Abend die Zellkammer an der luxemburgischen Mosel durch Spahis besetzt worden. Die deutschen Zollwächter wurden weggeschickt. Im Verlauf des Tages gingen 24 Büge ins Ruhrgebiet ab.

Verlegung des Kohlenyndikats nach Hamburg.

Eine in Essen abgehaltene Mitgliederversammlung des rheinisch-westfälischen Kohlenyndikats beschloß einstimmig unter Zustimmung der Arbeitervereiner, den Sitz des Syndikats von Essen nach Hamburg zu verlegen. Das Syndikat lehnt es durch diesen Beschluß ab, die ihm von Poincaré zugesagte Sklavensklaverei zu unterstützen und den Militärern, die den Versailles Vertrag gebrochen haben, ein Kohlenverteilungsinstrument von organisatorischer Durchführung, wie es das rheinisch-westfälische Kohlenyndikat darstellt, in die Hand zu geben. Durch die Verlegung des Syndikats wird die Produktivität des Kohlenhandels geschwächt, denn Poincaré muß an die Stelle des Kohlenyndikats eine eigene Organisation setzen, ohne die langjährigen Erfahrungen wie das deutsche Organisations-talent hierfür zu haben.

Wie das Berliner „Tageblatt“ hört, wird Reichs-ernährungsminister Dr. Lohse angesichts der schweren Bedrohung, der die Stadt Essen ausgesetzt ist, einen längeren Urlaub antreten und sein früheres Amt als Oberbürgermeister der Stadt Essen vorübergehend wieder übernehmen.

Würdige Haltung der Ruhrbevölkerung.

Der Sonderberichterstatter der „Times“ in Essen meldet seinem Blatt, daß die Essener Zivilbehörden sich gegen die Auffassung wenden, daß irgendeine Art organisierter Widerstandes im Falle eines französischen Vormarsches erfolgen werde. Ein Stadtrat erklärte gegenüber dem Berichterstatter, diese Torheit werde in Essen von niemandem begangen werden. Wenn Frankreich in Verletzung jeden Rechtes und jeder Gerechtigkeit kommt, so würden die Essener sicher eine würdige Haltung der Loyalität gegen ihr Vaterland einnehmen, wie dies die Rheinländer seit 1918 getan hätten. Der Essener Bürgermeister Schaeffer hob besonders die Gefahren und die Schwierigkeiten der militärischen Unterbringung in Essen hervor. Er erklärte, die Bevölkerung leide große Not unter dem Wohnungsmangel, der in Essen besonders empfindlich sei. Es fehle bereits an Unterbringungs-möglichkeiten für 14 000 Personen. Da könne man sich die Vitterkeit der Gefühle vorstellen, die unter der Essener Bevölkerung entstehen würden, wenn unter solchen Umständen die Unterbringung einer großen Zahl von Militärpersonen der Stadt aufgedrängt würden.

Belgiens Teilnahme am Einmarsch.

In der belgischen Kammer gab Ministerpräsident Theunis ausführliche Erklärungen über den Verlauf und die Ergebnisse der Pariser Konferenz ab. Belgien habe sich nicht aus Mache oder Eign zum Einmarsch ins Ruhrgebiet entschlossen; dieses Vorgehen sei das letzte Mittel, Deutschland zu zwingen, sich endlich Rechenschaft über seine Reparationspflicht abzugeben.

In der Kammer erklärte der Minister des Inneren Dapsar u. a.: Wenn wir heute ins Ruhrgebiet einziehen, so geschieht es, weil noch immer die Kriegsaufgabe besteht,

die die Welt bedroht (1), und weil dort der Widerstand gegen unsere gerechten Forderungen sich heftet. Wir sind fest entschlossen zu erlangen, was uns anstrebt, wenn möglich auf friedlichem Weg, wenn nötig durch Gewalt. Dabei rechnen wir immer noch auf den Beistand der britischen Regierung, um den Frieden von Versailles zur Durchführung zu bringen.

Ein Aufruf des Reichspräsidenten.

In einem durch öffentlichen Anschlag verbreiteten Aufruf des Reichspräsidenten an die Bevölkerung des von der neuen Besetzung bedrohten Gebiets heißt es: Die Politik der Gewalt, die seit dem Friedensschluß die Verträge verlegt und die Menschenrechte mit Füßen tritt, bedroht das Kerngebiet der deutschen Wirtschaft, die Hauptquelle unserer Arbeit, das Brot der deutschen Industrie und der gesamten Arbeiterklasse. Die Ausführung des Friedensvertrages wird uns zur absoluten Unmöglichkeit, und zugleich werden die Lebensbedingungen des schwer leidenden deutschen Volkes noch weiterhin zerrüttet. Was hier geschieht, ist Vertragsbruch, angetan einem entwaffneten und wehrlosen Volk. Deutschland war bereit zu leisten, soweit seine Kraft reicht; trotzdem wird es nun überfallen. Diese Gewaltpolitik fügen wir an vor Europa und der ganzen Welt. Laut erheben wir unsere Stimme, daß hier fremde Macht das heilige Recht des deutschen Volkes am eigenen Boden, sein Recht zum Leben, vergewaltigt. Der Aufruf fordert dann von der Bevölkerung Ausdauer in duldsamer Treue, Festigkeit, Ruhe und Besonnenheit und verspricht dagegen, daß nichts ungeschehen bleiben soll, die Dauer der Fremdherrschaft abzukürzen.

Eine Kundgebung der rheinischen Sozialdemokratie.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei für die obere Rheinprovinz hat folgenden Aufruf erlassen: Dem rheinischen Volk stehen, wenn nicht alles kühlt, schwere Tage bevor. In Paris sind die Würfel gefallen. Einige wenige Personen maßen sich an, über das Schicksal von Millionen von Menschen selbstherrlich zu entscheiden, das Selbstbestimmungsrecht einer politisch und kulturell hochstehenden Bevölkerung zu mißachten. Die Geschichte wird darüber ihr Urteil sprechen. An euch aber, Parteifreunde, wenden wir uns in dieser Stunde mit dem Appell: Schart euch um unser Banner und folgt der Forderung der Parteileitung! Habt Vertrauen und bewahrt Disziplin. Eine gewaltige Erregung geht durch die Massen der Bevölkerung. Darum ist Besonnenheit doppelt vorzuziehen. Niemand lasse sich zu übereilten Schritten verleiten, und jeder hüte seine Zunge, denn der Spiegel geht um. Also Gewehr bei Fuß! Ruhe, Besonnenheit und Vertrauen! Die Parteileitung wacht. Sie wird zur gegebenen Zeit die erforderliche Parole ausgeben.

Deutschlands „Verfehlungen“ bei den Kohlenlieferungen.

Den letzten formellen Vorwand für Frankreichs Einbruch ins Ruhrgebiet liefert die Entscheidung der Reparationskommission, die gestern mit drei gegen eine Stimme die deutschen Verfehlungen bei der deutschen Kohlenlieferung für 1922 feststellte. Der englische Vertreter Sir John Bradburn erklärte, daß nach seiner Auffassung kein Anlaß vorliege, eine Verfehlung Deutschlands bei den Kohlenlieferungen festzustellen. Auch der offizielle amerikanische Vertreter in der Reparationskommission sprach bei der Beratung von keiner vorläufigen Verfehlung Deutschlands. Im Einklang hiermit teilt jetzt Havas mit, der amerikanische Vertreter habe weiter gesagt, es sei ziemlich leicht zu begreifen, wenn Deutschland gewisse von ihm übernommene Verpflichtungen nicht mehr ausführen könne. Es sei notwendig, zu einer gerechten Regelung der d. attchen Verpflichtungen zu schreiten.

In der Vormittagsitzung hörte die Reparationskommission die Ausführungen des Vertreters des deutschen Kohlenyndikats über die deutschen Kohlenlieferungen im Jahre 1922. Dieser betonte mit Nachdruck, daß von den Spitzen der deutschen Regierung bis hinab zum letzten Organ seit Jahr und Tag die äußersten Anstrengungen gemacht werden, um den Anforderungen der Reparationskommission Genüge zu leisten. Von der Arbeitslosenkommission lasste Staatssekretär Fischer die von deutscher Seite vorgebrachten Ausführungen nochmals kurz zusammen. Er widersprach der französischen Behauptung, daß die Kohlenlieferungen an Frankreich und Luxemburg vor dem Kriege höher gewesen seien als zurzeit. Trotz des Verlustes der Saargruben und der Gruben in Oberschlesien seien die im Jahre 1922 von Deutschland abgegebene Kohlenmengen größer gewesen als die Kohlenmenge, die im Jahre 1913 von Deutschland geliefert wurden.

Vorläufig kein Einmarsch.

Bei Schluß unserer Redaktion erhalten wir folgende Mitteilung: Bis heute früh ist ein Vormarsch der französischen Truppen ins unbesetzte Gebiet an keiner Stelle erfolgt. Die in Speyer bei Mühlheim ausgeladenen Truppen sind in der Richtung nach Duisburg zurückgezogen worden.

Poincarés Pfänderspiel.

Im „Vorwärts“ nimmt Gen. Gifferting gegen den Einmarsch Frankreichs ins Ruhrgebiet Stellung und schreibt dabei über die Auswirkungen dieser Tat Poincarés: Clemenceau soll längst geküchert haben, es gäbe zwei Dinge, die gänzlich überflüssig seien: das eine sei der menschliche Blinddarm, das andere — Monsieur Poincaré! Über der Blinddarm wird zur Lebensgefahr, wenn er sich entzündet, und Herr Poincaré ist entzündet und droht, für Europa lebensgefährlich zu werden. Denn darüber darf man sich nicht täuschen: Herr Poincarés Absichten mögen sein, welche sie wollen, und er, der von Oekonomien nichts versteht, mag sich etablieren, als Jurist Pfänder nehmen zu müssen, wenn es sich um Schuldennachlass handelt. In der Wirkung bedroht seine Politik den europäischen Frieden und die europäische Wirtschaft mit einer schweren Katastrophe.

Wie wäre die europäische Situation, wenn Poincaré seine Politik durchführte, nach einem Jahre? Die Anfänge mögen unheimlich sein. Einige tausend Soldaten im Ruhrgebiet, ein paar Städte besetzt, und dazu einige hundert französische Pächter und Ingenieure. Deutschland werden die Vorkommen genommen, die Kohlenverteilung in französische Hände gelegt. Es kommt — unvermeidlicherweise — zu Zwischenfällen, Störungen, Konflikten. Es rücken die Soldaten nach. Es rücken Ingenieure nach; deutsche Beamte werden ausgewiesen, französische treten an ihre Stelle. An der Ostgrenze des besetzten Gebietes wird eine Zollgrenze aufgerichtet; die administrative, militärische, wirtschaftliche Abschneidung des wichtigsten europäischen Industrie- und Rohstoffgebietes beginnt sich zu vollenden. An Stelle wirtschaftlicher Vereinbarungen zwischen deutschen und französischen Industriellen ist ein französischer monopolisierter Monopolkonzern getreten, der jeder anderen industriellen Kombination überlegen ist und der französischen Schwerindustrie eine übermächtige Stellung in der Welt sichert.

Die Okkupation hat die kriegerische Stimmung verstärkt. Die Stellung des Generalstabes befestigt, dem Militarismus entscheidenden politischen Einfluß gegeben. Die Beherrschung des größten mitteleuropäischen Eisen- und Kohlenzentrums, zugleich mit der der entscheidenden Eisenbahnliniten und Wasserwege, bedeutet unmittelbar die militärische Herrschaft auf dem Kontinent, bedeutet die Hegemonie, der sich weder Belgien und Italien, weder Polen oder die Tschechoslowakei entziehen können. Ist dann, selbst wenn Herr Poincaré unterdessen zum überzeugten Pazifisten geworden, noch die Vorstellung möglich, daß Frankreich eine pazifistische Politik treiben, daß es freiwillig herausgegeben wird, was ihm nicht gehört? Oder würde ein so starkes Machtzentrum nicht den immanenter Befehlen einer militärischen Machtorganisation gemäß in immer schärferen Gegensatz geraten, vor allem zu seinem großen Widerpart, zu England?

Ansätze zu einer solchen Entwicklung sind gegeben. Frankreich hat die Argora-Türkei gegen England unterstützt und unterstützt sie in Lausanne. Frankreich hat ein militärisches Bündnis mit Polen und bemüht sich, die kleine Entente in seinem militärischen Kreis zu erhalten. Frankreich unterstützt das italienische Russolnits, der bemüht ist, gegen Jugoslawien die Ansprüche des italienischen Nationalismus durchzusetzen und deshalb mit dem nationalistischen Horogh-Ungarn Verbindungen anknüpft, die nur allzu leicht der Ruhe Südosteuropas gefährlich werden können. Als stärkste und beherrschende Militärmacht wird schließlich Frankreich früher oder später von einem Ausland umworben werden, das sich vor allem als Gegner Englands fühlt. Zugleich aber peitst das gewalttätige Vorgehen Frankreichs in Mitteleuropa alle nationalistischen Instinkte auf, zerstört jede Hoffnung auf eine friedliche Entwicklung und läßt jede Aussicht auf die Erlösung aus dem militärischen Abgrund.

Herr Poincaré mag nur an Pfänder denken, er entfesselt, mag er es wissen oder nicht, neue unheilvolle Kriegsmöglichkeiten, er entfesselt den künftigen Krieg. Das ist die Verantwortung, die er übernimmt, das ist die Verantwortung, die alle tragen, die seine Politik unterstützen oder sie nicht hindern.

Danziger Nachrichten.

Index-Geheimnisse.

Die wertwärtige Feuerungsabzahl des Statistischen Amtes. Das Statistische Amt der Freien Stadt Danzig schreibt uns:

In Nr. 4 der „Danziger Volksstimme“ vom 5. Januar 1923 wird unter der Überschrift: „Ein wertwärtiger Index-Geheimnis“ die Behauptung aufgestellt, die vom Statistischen Amt der Freien Stadt Danzig errechneten Feuerungsabzahlen, nach denen die Feuerung im Dezember das 748fache gegen die Vorkriegszeit betrage, seien unrichtig, weil das Berliner Statistische Amt eine 1000fache Steigerung für Berlin, wofür die Lebenshaltung doch billiger als in Danzig sei, errechnet habe.

Hierzu ist zu bemerken, daß die amtliche Feuerungsabzahl für Berlin im Dezember nur eine 602fache Steigerung gegenüber dem Friedensstande aufweist; die Informationsen der „Volksstimme“ oder ihres Gewährsmannes sind daher unrichtig.

Im übrigen müssen wir gegen Ihre Unterstellung, daß das Statistische Amt sich in der Berechnung der Feuerungsabzahlen von irgendeiner Seite beeinflussen lassen sollte, die schärfste Verwahrung einlegen. Wie auch der „Danziger Volksstimme“ bekannt sein dürfte, werden die den Feuerungsabzahlen zugrunde liegenden Preise in einer paritätischen Kommission von Arbeitgebern und Arbeitnehmern festgesetzt; dabei werden nur diejenigen Preise für die Berechnung der Feuerungsabzahlen eingelebt, die alle Kommissionsmitglieder als richtig anerkannt haben. Jedes Ausnahmefälle ist in der Lage, an Hand der vom Statistischen Amt herausgegebenen eingehenden Berechnungen die Feuerungsabzahl nachzuprüfen, ob die einzelnen Preise zutreffen.

Was folgendes zu sagen ist: Nach den Feststellungen des Berliner Volkswirtschaftlers Dr. Cassan beträgt die Steigerung der Feuerung Mitte Dezember in Berlin das 1000fache der Vorkriegszeit, was auch den tatsächlichen Verhältnissen entsprechen dürfte. Die Feststellungen Dr. Cassans werden auch gestützt durch die Indexziffern des Großhandels. So beträgt der Großhandelsindex der „Industrie- und Handelszeitung“ 179844, d. h. die zugrunde gelegten 44 Waren im Großhandel haben durchschnittlich das 1798fache ihres Preisstandes zu Ende 1918 (gleich 1) erreicht. Der Großhandelsindex der „Frankfurter Zeitung“ ist von Anfang Dezember auf Anfang Januar von 167419 auf 205417 gestiegen. Danach haben also die Großhandelspreise sogar das 2000fache des Vorkriegsstandes überschritten.

Die Preise für den Kleinhandel folgen den Großhandelspreisen in kurzem Abstand. Wenn 44 Waren um das Zweifelhafte im Preise gestiegen sind, wird es schwer, zu glauben, daß die allgemeine Feuerung sich nur um das 748fache der Vorkriegszeit erhöht haben soll. Im Vormärz sind in den letzten Tagen mehrfach Abhandlungen veröffentlicht worden, bei denen die Feuerungsabzahl mit 1000 angegeben war.

Um zu beweisen, daß die Berechnung des Danziger Statistischen Amtes den tatsächlichen Verhältnissen nicht Rechnung tragen, genügt es, die Lebensverhältnisse der Arbeiterschaft zu beobachten. Nach der Veröffentlichung des Statistischen Amtes in Danzig soll die Feuerung in Danzig im Dezember auf das 748fache der Vorkriegszeit gestiegen sein. Wenn das tatsächlich der Fall wäre, müßte ein beträchtlicher Teil der Danziger Arbeiterschaft, der eine 748fache Steigerung des Friedenslohnes durchgesetzt hat, keine alte Lebenshaltung wieder erreicht haben. Dieses zu behaupten, wird wohl niemand einfallen. Die vom Statistischen Amt errechnete Feuerungsabzahl ergibt kein richtiges Bild von der Feuerung.

Wie die Dinge wirklich liegen, zeigt folgendes Beispiel aus der Praxis, dessen Richtigkeit jedermann nachprüfen kann. Ein beträchtlicher Teil der arbeitenden Arbeiter Danzigs verdiente in den Vorkriegsmonaten des Jahres 1914 rund 32 Mark pro Woche. Davon entfielen in der Regel auf das Wirtschaftsgeld 20 Mark, Wohnung und sonstiges 5 Mark, Beleuchtung, Heizung 3 Mark, Bekleidung und Schuhe 4 Mark, zusammen 32 Mark. Die einzelnen Zahlen standen in folgendem Verhältnis zu einander: Wirtschaftsgeld $\frac{1}{2}$, Wohnung, Heizung und sonstiges $\frac{1}{4}$, Bekleidung $\frac{1}{8}$. Zu ähnlichem Verhältnis kommt auch das Statistische Amt, das die Grundzahl für 1914 mit 100 angibt und nachstehend zerlegt: 84,66 Prozent für Ernährung, Heizung und Beleuchtung, 12,45 Prozent für Bekleidung und Schuhe und 2,89 Prozent für sonstiges. Nach diesen Verteilungsschlüsseln entfällt auf den Wochenlohn von 32 Mark: 27,10 Mark auf

Ernährung, Heizung und Beleuchtung, 2,08 Mark auf Bekleidung und Schuhe, 2,82 Mark auf sonstiges.

In beiden Fällen ergibt sich, daß etwa $\frac{1}{2}$ der Wochenentnahme für Bekleidung und Schuhe ausgegeben wurde. Das Statistische Amt Danzig hat nun die Feuerungsabzahl für Ernährung, Heizung, Wohnung und Beleuchtung mit 649 berechnet. Diesem für Bekleidung auf 1418. Man sollte nun annehmen, daß von der Feuerungsabzahl für Bekleidung wenigstens $\frac{1}{2}$ der Feuerungsabzahl für Ernährung ausgegeben wäre. Aber das ist nicht der Fall gewesen, denn dann hätte die Feuerungsabzahl 886 ergeben. Das Statistische Amt albi die allgemeine Feuerungsabzahl jedoch nur mit 748 an.

Wette Kreuze der Bevölkerung haben ein Interesse daran, zu erfahren, wie diese Zahl ermittelt worden ist. Es ist selbstverständlich bekannt, daß die Preise für die einzelnen Waren von einer Kommission festgelegt werden. Damit ist aber auch die Tätigkeit der Kommission beendet.

Nicht zu vergessen ist aber auch, daß die amtliche Statistik die Feuerung nur unvollkommen erfasst. Eine ganze Reihe von Gegenständen, besonders solche, die durch den politischen Instinkt stark veräußert werden, werden von der Statistik nicht berücksichtigt. Daraus ergibt sich dann ein falsches Bild; die Unternehmer verwenden das zweifelhafte Zahlenmaterial bei Lohnverhandlungen zum Schaden der Arbeiter. Deshalb fordern wir eine einwandfreie statistische Feststellung der Feuerung.

Eins verdient noch aus der Antwort des Statistischen Amtes hervorgehoben zu werden. Unter Zugrundelegung der angegebenen Zahl ergibt sich, daß Danzig um 25 Proz. teurer ist als Berlin. Berücksichtigt man auch die nicht statistisch erfaßten Artikel, so beträgt der Unterschied 30 Prozent.

Die Kosten der Danziger Justizverwaltung.

15 Millionen Mark Zuschuß für das Jahr 1922.

Der Haushaltsplan der freistaatlichen Justizverwaltung für das Jahr 1922 rechnet mit 25 Millionen Mark Einnahmen aus Gerichtslohn und Geldstrafen. Die Reichskassa der Gefangenen soll 800 000 Mark Einnahme bringen. Die Einnahme aus Hinterlegungen wird mit 25 Millionen Mk. veranschlagt. Der Gesamteinnahme von 45,1 Millionen Mk. steht eine Gesamtausgabe von 60,5 Millionen Mark gegenüber. Für Besoldungen vom Obergericht, den Land- und Amtsgerichten werden 19 Millionen Mark angesetzt. Die jährlichen Ausgaben sind mit 8 Millionen Mark berechnet worden. Die Strafkosten erfordern eine Ausgabe von 7 Millionen Mark, wovon allein 2 Millionen auf die Vollstreckung der Justizstrafen entfallen. Die Vollstreckung der Justizstrafen erfolgt in preussischen Strafanstalten. Die Verpflegungskosten betragen allgemein für Männer und Frauen 15 Mark pro Kopf und Tag. Es ist damit zu rechnen, daß im Jahre 1922 mindestens 100 Personen an Justizstrafen verurteilt worden sind und etwa 320 Justizhäftlinge an sich noch aus den Jahren 1920 und 1921 inhaftiert befinden. Bei einer Gesamtzahl von 350 ergibt sich eine jährliche Ausgabe von 1918 250 Mark. Ueber die Kosten, die durch die Hinrichtungen verursacht werden, werden keinerlei Angaben gemacht. Das man für das Seelenheil der Gefangenenkosten besorgt ist, geht schon daraus hervor, daß für ihre Seelsorge 7000 Mark einbehalten worden sind. Die Ausgabe für die Bekleidung der Gefangenen ist auf 1,9 Millionen Mark geschätzt worden. Für einmalige Ausgaben werden 1,1 Millionen Mark angesetzt. Davon sind bestimmt: 1 Million zur Beschaffung von Beamtenwohnungen, 3 Millionen für den Erweiterungsbau des Gerichtsgefängnisses, 8 Millionen für Beschaffung von Arbeitsmöglichkeit, 900 000 Mark als 1. Rate für den Bau des Amtsgerichts in Neuteich und 250 000 Mark für die Errichtung eines Jugendgefängnisses.

Dollarspende für die Kindersterblichkeit. Herr Theodor Roberts, Optiker und Juwelier, ein gebürtiger Danziger, in Anaheim (Kalifornien), hat dem Senat für die öffentliche Kindersterblichkeit einen Scheck über 5 Dollar zur Verfügung gestellt.

Erdlich verunglückt ist in Neuteich der Bauer Fendt in der dortigen Gassanstraße. Er war beim Schlagen beschäftigt, dabei fiel ein größerer Stein glühender Schlacke in einen Wasserbehälter. Durch die dabei aufsteigenden Dämpfe wurde Fendt so schwer verbrüht, daß er seinen Verletzungen erlag. Fendt hatte sich erst vor einigen Wochen wieder verheiratet und hinterläßt nun die Witwe mit mehreren unverheirateten Kindern aus der ersten Ehe.

Konzert und Oper.

Die „Freie Volkshöhne“, durch die Not der Raumverhältnisse auf Nachmittagsvorstellungen im Stadttheater angewiesen, muß in diesem Monat dem Weihnachtsmärchen weichen, das die Nachmittage voll im vollen Sinne nimmt. Als Ersatz für eine Theatervorstellung hatte die Leitung der „Freien Volkshöhne“ ein Konzert veranstaltet, das von zahlreichen Musikern seit langer Zeit lebhaft verlangt worden war. Was nun das gelungene Orchesterkonzert betrifft, so kann kein Zweifel darüber bestehen, daß es von streng künstlerischem Standpunkt betrachtet sowohl bezüglich Aufführung des Programms sowie dessen Ausführung höheren Anforderungen nicht entzogen konnte. Doch es darf auf der einen Seite nicht vergessen werden, daß die „Freie Volkshöhne“ nur über sehr beschränkte Mittel verfügt und sonstigen aus der Hand in den Mund lebt, so also die Kostspieligkeit eines großen Konzert-Orchesterapparates nicht leisten konnte; hat doch selbst eine weit ärmlicher hundert Musikerorganisation wie die „Philharmonische Gesellschaft“ die weitere Durchführung von Konzerten im Sinne von Konzerten zu ermäßigten Preisen aus finanziellen Gründen aufgeben müssen. Auf der anderen Seite wäre es eine außerordentliche Verkennung, ja Rücksichtslosigkeit gegen jene Massen der Besucher, bei denen man bezüglich ihrer musikalisch-künstlerischen Vorbildung so gut wie nichts voraussetzen muß, wollte man ihnen nun mit Musik aufwarten, für die auch nicht der letzte Schimmer von Verständnis besteht, bestehen kann. Hier herrschen ganz andere Verhältnisse als bei Vermittlung von Bühnendichtungen, wo die für das Musikalische fast ganz fehlenden Elemente schon durch die Schule gelehrt sind. Es gilt bei der Erziehung zu Musikverständnis zu allererst einmal eine Brücke zu schlagen, und diese Brücke, die einzige, ist das Interesse. So war es denn ein sehr glücklicher pädagogischer Einfall, ein Bekanntes anzuknüpfen. In dieser Beziehung war das Programm, das ausschließlich Musikstücke romantischer Charaktere vorsah, sehr zweckmäßig. Es begann mit Wagner's „Walden-Quartette“, der Mendelssohn's „Requiem“ und „Nächtliche Fahrt“, der Mendelssohn's „Requiem“ und „Nächtliche Fahrt“, der Mendelssohn's „Requiem“ und „Nächtliche Fahrt“, der Mendelssohn's „Requiem“ und „Nächtliche Fahrt“.

Im Stadttheater hörte ich dann noch einen Teil des ersten, sowie die beiden letzten Akte von einer „Carmen“-Aufführung (die neben schönen Dingen auch allerlei Tiefen erkennbar werden ließ), in der Ernst Schall vom Königsberger Stadttheater den Escamillo sang, als solcher manchmal schöne Töne gab, im ganzen aber kaum in irgendeiner Hinsicht überragte, darstellerisch sogar — in dem, was ich sah — recht viel schuldig blieb. Auch der Part des Jullus Röhru kam über eine gewisse gute Anlage nicht hinaus, und die Mängel seiner Ausbildung zeigten sich doch gerade bei dieser Partie recht empfindlich. Zwischen beiden hand die Carmen der Margarethe Keff, mit der sie sich feinerweise hier so glänzend einleitet hat, als eine rasche, glanzvolle Tochter südlicherer Zonen, und ihr weicher, raffinierter, den sie freilich nicht immer gleich glücklich verwendet, kam voll zur Geltung. Mit wunderbarer Wärme und Schlichtheit sang und spielte Meina Vachhaus die kleine Micaela. Ganz war die Deklamation von Otto Stadisch abgesehen, die für Vertritt Weiling eingepfunden war, die gleiche wie im Vorjahre.

Die Neuregelung des Krankenkassenwesens.

Von der Berufsvereinigung der Ärzte in der Freien Stadt Danzig wird mit der Bitte um Aufnahme folgende Erklärung abgegeben:

Die Krankenkassen-Vereine verlangen vom Reichstage eine Umänderung des § 163 der Reichsversicherungsordnung. Sie wollen von der Verpflichtung loskommen, den Versicherten freie ärztliche Behandlung zu gewähren und wollen das Recht haben, jederzeit von sich aus diese Verpflichtung durch eine Weidsetzung an die Versicherten abzulehnen.

Die deutschen Ärzte erblicken in der Bewährung der ärztlichen Hilfe in Natur das Hauptziel, den Kernpunkt der ganzen Krankenversicherung. Sie allein gibt die Gewähr für eine genügende gesundheitsliche Überwachung und eine rechtzeitige, ausreichende ärztliche Behandlung des ganzen Volkes. Wenn die Versicherungen gezwungen werden, den Arzt selbst zu bezahlen und sich von ihrer Pforte dafür entschädigen zu lassen, werden sie die ärztliche Hilfe sehr bald nur noch in stark eingeschränktem Maße in Anspruch nehmen. Tausende werden zu spät und zu selten zum Arzte gehen. Unschonbar auftretende Leiden aller Art, insbesondere auch Berufschädigungen, werden missachtet, vernachlässigt werden, bis sie sich zu unheilbaren Leiden ausgewachsen haben, der Kampf gegen die Tuberkulose, der nur bei einer möglichst frühzeitigen Entdeckung aller Fälle wirksam durchgeführt werden kann, wäre aufgehoben. Die Geschlechtskrankheiten würden, ungenügend, oft genug falsch behandelt, die bösartigen Formen annehmen und immer weitere Kreise des Volkes durchsetzen. Es wären wir, zu spät erkannt, sich in verhängnisvoller Weise ausbreiten. Die Geburtshilfe würde vernachlässigt werden, die Kindersterblichkeit würde gewaltig ansteigen. Eine unabsehbar schwere gesundheitliche Schädigung des ganzen Volkes muß und wird eintreten.

Aber auch dann, wenn die Krankenkassen an der freien ärztlichen Behandlung festhalten, diese aber nur einer beschränkten, ihrer Ansicht nach genügenden Anzahl von ihnen unter Ausschluß der ärztlichen Vereine und Verbände ausgedehnter und angelaßener Ärzte übertragen, müssen für die Gesundheit des ganzen Volkes die größten Gefahren entstehen. Die Krankenversicherung ist in Deutschland entscheidend für die Möglichkeit, als Arzt leben und arbeiten zu können. Sobald die Kassen einen Teil der Ärzte ausschalten, in dieser drohen und muß, soweit er nicht in anderen Berufen Unterkunft finden kann, verkommen. Damit wäre in kurzer Zeit die gesamte gesundheitliche Versorgung des deutschen Volkes auf das kümmerlichste, das drittigste eingeleitet; auf das, was vielleicht in Zeiten guter allgemeiner Gesundheit bei allenfalls genügen könnte. Der jetzige Gesundheitszustand der bittersten Not ausgeht. Er verliere seine Freiheit und verwandelt sich in eine kleine Schar von den Kassenarränden abhängiger ärztlicher Angehöriger. Und eine solche Versteherung würde sehr bald in ihrer wissenschaftlichen Leistungsfähigkeit, in ihrer moralischen und ethischen Festigkeit auf das schwerste geschädigt werden.

Soll etwas Derartiges wirklich geschehen? Ist es nicht jedem ruhig Denkenben klar, daß das deutsche Volk bei einem allgemeinen schlechten Gesundheitszustand, insbesondere bei dem Ausbruch einer Seuche, in die größte Not geraten, ja völlig verloren sein muß? Man kann die gesundheitliche Versorgung eines ganzen Volkes nicht auf das dürftigste einschränken, und ganz besonders nicht eines Volkes, das wie jetzt das deutsche, an seiner Gesundheit und Kraft schwer geschädigt ist und bei dem alles, wirklich alles, darauf ankommt, es noch Möglichkeit arbeits-, leistungs- und widerstandsfähig zu erhalten.

Die deutschen Ärzte erleben mit allem Nachdruck Einspruch gegen diese Bestrebungen der Kassenhauptverbände. Wenn die Hauptverbände ihr Verlangen mit ihrer augenblicklich schweren und ungenügenden wirtschaftlichen Lage begründen, so gibt es genug Mittel und Wege, dieser vorübergehenden Sorge zu wehren, und die Ärzte sind gern bereit, daran wirksam mitzuarbeiten. Es wäre also ein schweres Verbrechen am ganzen Volke, aus dieser vorübergehenden Verlegenheit heraus den Herzschlag zu verüben und die gesundheitliche Versorgung Deutschlands in die schwerste unabsehbare Gefahr zu verleben.

Wir haben diese Ausführungen der Ärzte aus Billigkeitgründen veröffentlicht, ohne uns mit ihnen einverstanden erklären zu können. Die Krankenkassen hätten an dem augenblicklichen Zustand der Dinge ein größeres Interesse zu nehmen, so daß wir es uns für heute verzeihen wollen, darauf ausführlich einzugehen. Als vollkommen abwegig muß jedoch die im dritten Absatz des Artikels vertretene Ansicht bezeichnet werden, daß die Kassen aller Ärzte durch die Kassen gebildet werden müßten. Die weitgehende Einschränkung ihrer Existenz wird man den Ärzten kaum verhehlen können, daß diese jedoch ohne jede Einschränkung für alle Ärzte gefordert wird, ist unerschöpflich. Bei aller Anerkennung der Wichtigkeit des ärztlichen Berufes wird man ihm jedoch nicht über das Maß des allgemeinen Notwendigen, besonders Existenzgarantien, gewähren können. Zunächst wird es darauf ankommen, das Fortbestehen der Krankenkassen zu gewährleisten, und wenn dieses gesichert ist, wird sich auch das ärztliche Problem in ihrem Rahmen lösen lassen.

Das Steuer-Unrecht.

Die Schonung der Maratier. — Belastung der Landarbeiter.

Der Öffentlichkeit soll hiermit ein Mutter der gerechten Steuerverteilung, wie sie der Senat nach dem neuen Einkommensteuergesetz ist, vor Augen geführt werden. Es handelt sich um zwei wirtschaftlich ähnliche Gruppen, nämlich um die landwirtschaftlichen Unternehmer und ihre Arbeiter. Der Senat hat den Landwirten 1 Sektar guten Bodens mit 20 000 Mark Reingewinn bemessen: Ein guter Weizenboden bringt bei normaler Ernte pro Sektar 60 Zentner. Wenn man für Erzeugerunlösen die Hälfte der Ernte rechnet, so ist den Landwirten dabei noch manches geschenkt. Es bleiben 30 Zentner Weizen als Reingewinn, 36 Zentner mal den heutigen Tageswert von 15 000 Mark gleich 576 000 Mark steuerbares Einkommen. Der Steuerfahrrad kann aber auch anders einschlagen und das hat er bei den Landarbeitern getan. Den Landarbeitern sind für eine Aute Sand 250 Mark steuerbares Einkommen gerechnet. Zu einem Sektar gehören 600 Auten. Dem Landarbeiter wird der Sektar also mit 150 000 Mark steuerbares Einkommen berechnet, also das 71/2fache wie dem Landwirt. Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß der Landwirt große Flächen Land besitzt und als Unternehmer auftritt, wogegen der Landarbeiter nur 125 Auten zum Kartoffelanbau für seine Familie und als einen Teil seines Lohnes erhält. Man braucht über diese ungerechte Steuer-

M. Lietzau & Co.

Getreide, Mehl, Saaten, Oele, Fette, Kolonialwaren, Holzexport
 Telegramm-Adr.: Emlietco **Danzig, Langgasse 42** Telephon 1504, 2098, 6534

Konrad Kaempff & Co. L.H.

Telephon 991, 1307 - Telegr.-Adr.: „Jutekaempff“
Sack- und Plan-Fabrik
 Sackreparaturanstalt :: Import und Export von Säcken aller Art :: Großes
 Inland- und Transitlager in neuen und gebrauchten Säcken
 Niederlassungen unter Firma „Konrad Kaempff“ in Berlin-Stralau und Königsberg Pr.

Danziger Glashütte

Aktien-Gesellschaft
 Telephon Nr. 277 - **Danzig-Schellmühl** - Telephon Nr. 277
 Fabrikation von Flaschen aller Art

Red Star Line and American Line

Generalvertretung für Danzig:
American Travel Office
 Melzergasse Nr. 4
 Fernspr. 3647, 5262

Bequemste und schnellste direkte Verbindungen
Antwerpen—New York
Hamburg—New York
Danzig—New York

Filialen: **Riga, Kaufstr. 1; Libau,**
Großstr. 11 13; Kowno, Laissves Al 35

„Baumigro“ Baumittel-Großhandels-Gesellschaft

Danzig, Hopfengasse 74
 Fernsprecher Nr. 6206—6209
liefert Baumaterial

Danziger Industrie u. Großhandel

Geschäftliche Rundschau mit Dauerfahrplan

Musterschutz! Ohne Gewähr!

(E) **Danziger Fernverkehr**

Danzig—Simonsdorf—Tiegenhof und zurück.

6:00	1:45	4:00	7:00	ab	Danzig	an	10:00	7:00	9:00	11:25
7:00	2:45	5:00	8:00	an	Dirschau	ab	9:00	6:00	8:45	10:25
7:30	3:15	5:30	8:30	ab	-	an	9:45	6:45	8:30	9:50
8:15	3:55	6:15	9:15	an	Simonsdorf	ab	9:00	5:30	8:00	9:40
8:30	4:10	6:30	9:30	ab	-	an	8:15	3:45	7:15	9:00
9:00	4:45	7:00	10:00	ab	Neuteich	ab	7:45	2:15	6:20	8:00
9:15	4:55	7:15	10:15	an	Tiegenhof	ab	7:10	2:40	5:50	7:30

Nebal-Centrale

Aktiengesellschaft
 General-Vertreterin von ca. 40
 holländischen Groß-Industrien
Getreide
Saaten :: Kolonialwaren

Agrar-Handelsgefellschaft

m. b. H.
 Danzig, Lastadie 35 b
 Telefon 6661, 5487 u. 1689
 Telegr.-Adr.: Agrarhandel
Getreide, Saaten, Futtermittel

„DANCO“

Danziger Confectionfabrik G. m. b. H. & Co.
 Kommandit-Gesellschaft
Damenmäntel — Kostüme
 Danzig, Hopfengasse Nr. 74

Otto Jost

Faß- und Faßholzfabrik
 Faß-Großhandlung
Danzig-Neufahrwasser
 Fernsprecher Nr. 713
 Drahtanschrift „Faßfabrik“

H. Lenczat & Co., G. m. b. H.

Tel. 5877, 5587, 5588 **Danzig, Elisabethwall 9** Telegr.-Adr.: Lenczat
 Danzig-Finlandlinie / Schiffsmakler, Befrachtungsagenten, Spediteure

Max Steinke G. m. b. H.

:- Fischräuchererei :-
Fisch-Konservenfabrik
 Import — Export
Danzig-Neufahrwasser

H. Berneaud

DANZIG KÖNIGSBERG STETTIN
 Telefon Nr. 43 3141 - GEGRÜNDET 1865 - Telegr.-Adr.: Berneaud Danzig
Herings-Im- und Export

Buchhandlung u. Verlag

Volkswacht J. Gehl & Co.
 Sozialistische u. Gewerkschafts-
 Literatur, Bücher für Belehrung
 und Unterhaltung.
Am Spendhaus 6 : Paradiesgasse 32

Sally Blumenfeld · Danzig

Hoptengasse 21
 Kommission :: Export :: Import
Häute, Felle, Wolle, Leder in allen Sorten u. Provenienzen

Handelmaatschappij Menten & Stark G. m. b. H.

Stammshaus N. V. Handelmaatschappij Menten & Stark, Amsterdam
 Telephon 5412 und 5576 **Danzig, Gr. Wollwebergasse 11** Telegr.-Adr.: Mentena
Oele :: Fette :: Kolonialwaren :: Südfrüchte

Aron Katz Söhne * Danzig

Getreide, Saaten, Futtermittel · Spezialität: Kartoffelflocken, Schnitzel u. Mehl
Posen, Alene Maronkowskigo 5 **Danzig, Gr. Wollwebergasse 24** **Berlin, Wichmannstraße 23**
 Telephon 2144 u. 3145 **Telefon 2311 u. 6502** **Telefon: Amt Nollendorf 5100 b. 5104**

Danziger Zündwaren-Fabrik

Fabrikation mit beschränkter Haftung
Danzig, Schellmühl
Hansa-Sicherheits-Zündhölzer :: Flaggen-Hölzer